

## **Vielseitige Outsourcing-Möglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung**

Von Sabine Bernatz, Fachjournalistin, Wiesbaden

**Das Outsourcing von Unternehmensbereichen hat sich in den letzten Jahren verstärkt durchgesetzt - doch nicht nur Unternehmen der freien Wirtschaft können von einer Auslagerung an externe Dienstleister profitieren. Christian Oecking, Leiter Global Outsourcing bei Siemens Business Services, ist überzeugt, dass es auch in der öffentlichen Verwaltung Bereiche gibt, die sich zum Outsourcing eignen. Die Verwaltungen können sich dadurch wieder auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren und die dramatisch gestiegenen Anforderungen erfüllen.**

**??: In der freien Wirtschaft ist der Trend zum Outsourcing nach Meinung der Analysten ungebrochen. Wie sieht es damit in den öffentlichen Verwaltungen aus?**

**Christian Oecking:** Auch für die öffentliche Verwaltung gilt: Wenn ein Bereich nicht in die Kernkompetenz der Verwaltung fällt oder eine hoheitliche Aufgabe ist, sollte über Outsourcing nachgedacht werden. Mit dem Outsourcing von Abteilungen wie Facility Management, Security oder der IT würden der öffentlichen Verwaltung wieder mehr Möglichkeiten gegeben, sich um relevantere Arbeitsschwerpunkte zu kümmern und gleichzeitig Ausgaben zu senken. Sicherlich gibt es hier eine Reihe von speziellen Aufgabenstellungen. Die Outsourcing-Möglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung sind aber dennoch sehr groß. Hier kann die öffentliche Verwaltung von den langjährigen Outsourcing Erfahrungen in der freien Wirtschaft profitieren.

**??: Welche speziellen Aufgabenstellungen sind das?**

**Christian Oecking:** Die Besonderheiten liegen hier vor allem in der rechtlichen und arbeitsrechtlichen Seite. Vor der Entscheidung zum Outsourcing sollten die Verwaltungen deshalb zuerst eine Bestandsaufnahme machen: Welche Aufgaben werden aktuell erbracht, welche sind vom Gesetzgeber vorgeschrieben, bzw. welche sind als hoheitliche Aufgaben definiert. Genau hier zeigt sich der große Unterschied zur freien Wirtschaft. Während dort freier über die Auslagerung von Bereichen, die nicht zur Kernkompetenz gehören entschieden werden kann, ist für die öffentliche Verwaltung immer noch zuerst der Gesetzgeber maßgebend. Hoheitliche Aufgaben kommen sicherlich nicht für ein Outsourcing-Projekt in Frage.

**??: Gibt es Bereiche, die sich dagegen für ein Outsourcing regelrecht anbieten?**

**Christian Oecking:** Klare Kandidaten für das Outsourcing sind Leistungen, die von mehreren Ämtern erbracht werden, oder klassische Bereiche wie Einführung, Betrieb und Betreuung der IT. Grundsätzlich sind all diejenigen Arbeitsfelder für eine Auslagerung geeignet, die bis dahin in der jeweiligen öffentlichen Einrichtung mit hohen Kosten und nicht optimaler Qualität betrieben wurden. Für all diese Bereiche stellt sich als nächstes die Frage, in welchem Umfang ausgelagert werden soll. Hier ist eine genaue Betrachtung notwendig, denn es kann im Einzelfall durchaus besser sein, gleich einen ganzen Sektor an eine Fremdfirma zu übergeben, wohingegen in anderen Fällen die Abgabe einzelner Funktionen ratsamer ist.

**??: Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die E-Government-Initiative „BundOnline 2005“ ins Leben gerufen und damit dem sogenannten Electronic Government einen neuen Antrieb gegeben. Wie sieht es hier mit dem Outsourcing aus?**

**Christian Oecking:** Gerade für das Electronic Government spielt die Zusammenarbeit mit einem kompetenten Partner eine große Rolle. Denn welche Verwaltung ist schon alleine in der Lage, alle notwendigen Prozesse hierfür in Eigenregie zu definieren und einzuführen? Die Beispiele aus der freien Wirtschaft zeigen, dass die öffentliche Verwaltung für die erfolgreiche Umsetzung von E-Government keineswegs Eigentümer der Infrastruktur sein muss. Auch Leistungen wie die Entwicklung von IT-Anwendungen oder die Verwaltung von Daten müssen nicht selbst erbracht werden. Mit einem kompetenten Partner gelingt es besser und wirtschaftlicher, alle Vorteile des E-Government auszuschöpfen.

**??: Im E-Government geht es vor allem um die Daten der Bürger. Wie sieht es hier mit der Sicherheit aus?**

**Christian Oecking:** Die Entwicklung des E-Commerce in Deutschland hat gezeigt, dass das Vertrauen in die Sicherheit der Technik ein sensibles Thema ist. Sie können die Bürgerinnen und Bürger für die neue Technik nur gewinnen, wenn die Sicherheit für den Umgang mit ihren personenbezogenen Daten gewährleistet werden kann. Dazu gehören insbesondere die mit der Abwicklung der elektronischen Prozesse verbundenen finanziellen Transaktionen. Schon der elektronische Handel hat eine große Besorgnis bei den Nutzern um den Datenschutz aufgezeigt. Was für die freie Wirtschaft gilt, trifft in besonderem Maße auch für die öffentliche Verwaltung zu. Hier, wo es überwiegend um die Daten der Bürger geht, ist besondere Vorsicht geboten. Doch auch in anderen, nicht öffentlichen Bereichen muss besonders über Datenschutz und Geheimhaltung nachgedacht werden, beispielsweise bei militärischen Einrichtungen. Deshalb kommt es auch hier darauf an, dass man sich auf den Dienstleister, der mit dem Outsourcing betraut wurde, verlassen kann. Dabei ist nicht nur Vertrauen, sondern auch ein hohes Maß an Engagement auf beiden Seiten notwendig, denn aufkommende Probleme können nur gemeinsam gelöst werden. Die Beziehung

zwischen Outsourcer und Dienstleister sollte deshalb der notwendigen Vertraulichkeit wegen und aus Gründen der Sicherheit für beide Beteiligte langfristig angelegt sein. Da im Umfeld der Outsourcing Projekte der Banken ähnliche Anforderungen bestehen, können wir hier auf eine langjährige Erfahrung zurückgreifen.

**?? Besteht nicht die Gefahr, dass solche Outsourcing-Aufträge von Sparmaßnahmen betroffen werden?**

**Christian Oecking:** Ich denke nicht, dass Einsparungen im Bereich der neuen Technologien der Verwaltung von Vorteil sind. Andere europäische Länder wie etwa Belgien und Großbritannien sind in diesem Bereich schon ein Stück weiter, so dass Deutschland bei einer Verzögerung der Thematik im europäischen Maßstab ins Hintertreffen geraten könnte. Außerdem sehe ich die Diskussion über Sparmaßnahmen eher als ein weiteres Argument für die Fortführung der E-Government-Initiative „BundOnline 2005“. Denn wenn beispielsweise allein durch schnellere Durchlauf- und Bearbeitungszeiten bundesweit bis zu 20 Milliarden Euro gespart werden können, macht dies deutlich, dass in der Einführung des E-Government Einsparpotentiale liegen, die die Investitionskosten leicht rechtfertigen.

**Kontakt:**

Siemens Business Services

Claudia Braun

Mail: [claudiabraun@siemens.com](mailto:claudiabraun@siemens.com)

Tel.: +49-69-6682-1355

URL: <http://www.sbs.de>